

Mitteilung des Senats

vom 7. März 1911.

Inhaltsverzeichnis.

1. Heizungsanlage der Oberrealschule.....	S. 213.
2. Beitrag für die Südpolarexpedition des Oberleutnants Filschner.....	" 214.
3. Nachbewilligung auf das Spezialbudget des Ratskellers, Nr. 5 des Budgets der Außerordentlichen Verwendungen.....	" 214.
4. Unterricht.....	" 215.
5. Enteignung für Eisenbahnzwecke.....	" 215.
6. Erlaß von Strafkosten an die Evangelische Diakonissenanstalt.....	" 216.
7. Hansischer Geschichtsverein.....	" 217.

1. Heizungsanlage der Oberrealschule.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, hat über diesen Gegenstand den anliegenden Bericht erstattet. Der Senat stimmt dem Antrage der Baudeputation mit dem Bemerken zu, daß die Finanzdeputation gegen die Nachbewilligung keine Bedenken erhoben hat, und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Bericht.

Anlage.

Wie der anliegende Bericht der Hochbauinspektion I ergibt, ist ein Kessel der Heizungsanlage der Oberrealschule erneuerungsbedürftig, da sich eine Reparatur bei dem Zustande des schon fast aufgebrauchten Kessels nicht empfiehlt. Den von der Hochbauinspektion gemachten Vorschlägen stimmt die Baudeputation zu und beantragt bei der Dringlichkeit der Sache,

Senat und Bürgerschaft wollen zur Ersetzung des vorhandenen Mercer-Kessels durch einen National-Kessel im ganzen 1700 M auf das Budget der Baudeputation, Abteilung Hochbau, Nr. 93 a, nachbewilligen.

Bremen den 27. Februar 1911.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

(gez.) **Hildebrand,**

Vorsitzer.

(gez.) **Ed. Achelis,**

Rechnungsführer.

Bericht der Hochbauinspektion I.

Unteranlage.

Die Heizungsanlage in der Oberrealschule ist mit zwei Kesselgruppen von je 2 Kesseln ausgerüstet. Es sind 3 Mercer-Kessel (älteres amerikanisches Fabrikat) und ein National-Kessel (neueres deutsches Fabrikat) vorhanden. In der vorderen Gruppe, in welcher ein National- und ein Mercer-Kessel aufgestellt sind, ist der letztere erst im November v. J. betriebsföhrer hergestellt. Derzeit war ein Mittelglied durchgeröstet, das durch ein vorhandenes Reserveglied ersetzt worden ist. Am 26. Januar wurde der Kessel wieder undicht, und die Untersuchung hat ergeben, daß wieder zwei andere Mittelglieder durch die Einwirkung von Rost und Feuer zerstört sind. Eine nochmalige Reparatur des an und für sich schon fast aufgebrauchten Kessels ist nicht mehr zu empfehlen. Es ist zweckmäßig, diesen Mercer-Kessel durch einen National-Kessel zu ersetzen. Ich habe mir erlaubt, 2 Angebote von den hiesigen Heizungsfirmen G. H. Bruns jr. und Rud. Otto Meyer einzufordern. Das Angebot von Bruns ist mit der Forderung von 1600 M, als das billigere, für die Ausführung zu empfehlen. Die erforderlichen Maurerarbeiten werden etwa 100 M betragen, die Gesamtkosten würden sich auf 1700 M stellen, die von Senat und Bürgerschaft auf Titel 13 des diesjährigen Hochbaubudgets Nr. 93 a nachzubewilligen wären, da der zuständige Titel 13 und auch Titel 25, Unvorhergesehenes, diese Ausgabe nicht mehr decken können.

Bremen, den 8. Februar 1911.

(gez.) **Weber.**

Hiermit einverstanden.

Die Baudirektion, Abteilung Hochbau.

9/2. (gez.) **Chrhardt.**

2. Beitrag für die Südpolarexpedition des Oberleutnants Filchner.

Deutschlands Teilnahme an der voranschreitenden Erforschung des Südpolargebietes ist eine Aufgabe von allgemeiner nationaler Bedeutung geworden. Unter dem Protektorat Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten Luitpold von Bayern hat sich eine neue deutsche Südpolarexpedition gebildet, deren Ziel es sein soll, vom Weddell-See aus, einem der tiefen Einschnitte des Meeres in den Südpolarcontinent, soweit als möglich nach Süden vorzudringen, während eine englische Expedition von dem näher am Pole gelegenen Ross-See aus einem verwandten Ziele zustrebt. Mit dem Vorbringen ist eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen verbunden, die für die Natur des großen, unbekannten Gebietes, aber auch für außerhalb der Antarktis gelegene, noch bewohnte Erdstriche grundlegende Aufschlüsse versprechen.

Die Expedition soll im Frühjahr 1911 die deutsche Heimat verlassen und zwar von Bremen aus ihre Ausreise beginnen. Leiter der Expedition ist der durch seine Forschungen in Tibet bekannte königlich Bayerische Oberleutnant Wilhelm Filchner, z. Z. kommandiert zum königlich Preussischen Großen Generalstab.

Die Kosten des Unternehmens sind auf 1 400 000 M veranschlagt. Zu ihrer Deckung haben die Regierungen der meisten deutschen Bundesstaaten die Veranstaltung einer Geldlotterie genehmigt. Der garantierte Reinertrag der Lotterie beträgt 540 000 M. Daneben liegen Zeichnungen von Gönnern des Unternehmens in Höhe von rund 200 000 M vor. Andere erhebliche Zeichnungen sollen in sicherer Aussicht stehen.

Um weitere Mittel für diese bedeutende wissenschaftliche Aufgabe zu erlangen, hat sich das Komitee für diese Expedition, an dessen Spitze der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Delbrück und der königlich Bayerische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld stehen, und dem auch der Präsident des Senats angehört, unter anderen auch an den Senat gewandt mit der Bitte, einen Beitrag zu gewähren. Ein gleiches Ersuchen ist an den Senat von Hamburg gerichtet worden. Dort haben Senat und Bürgerschaft einen namhaften Beitrag bewilligt.

Der Senat ist der Ansicht, daß bei der wissenschaftlichen Bedeutung dieses nationalen Unternehmens auch Bremen nicht anstehen sollte, einen Beitrag zu spenden, und beantragt demgemäß die Bewilligung eines einmaligen Zuschusses von 6000 M auf das laufende Budget. Die Finanzdeputation stellt die Nachbewilligung anheim.

3. Nachbewilligung auf das Spezialbudget des Ratskellers, Nr. 5 des Budgets der Außerordentlichen Verwendungen.

Über den obenbezeichneten Gegenstand hat die Deputation für den Ratskeller einen Bericht übergeben, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerschaft zur Beschlußfassung hierneben zugehen läßt.

Anlage.

Bericht.

Bei der Position 3, Betriebskosten, die im Budget den Betrag von 80 320 M aufweist, hat sich eine Überschreitung von 9850 M ergeben. Die Mehrausgaben sind entstanden:

1) durch Erhöhung der Arbeiterlöhne	M 2 700
2) durch Abschluß der Feuerversicherung eines Teiles der Weinbestände auf 5 Jahre, während im Budget der Betrag nur für eine einjährige Versicherung vorgesehen war	" 2 350
3) durch Anschaffung von Flaschen für unvorhergesehene größere Flaschenfüllungen	" 4 500
4) durch die infolge Ablebens des Kommiss Meyer erforderlich gewordene Neuanstellung des Kommiss Niechmann	" 300
zusammen	M 9 850

Andererseits sind von dem unter Position 5 für Lager- und Weinanlauf ausgeworfenen Beträge von 250 000 M nur 184 268,65 M verausgabt worden, so daß eine Überschreitung des Gesamtbetrags des Spezialbudgets nicht in Frage kommt.

Die Deputation beantragt, die Übertragbarkeit der beiden Positionen dahin beschließen zu wollen, daß die bei der Position 3 mehr verausgabten 9850 M auf die Position 5 angewiesen werden.

Bremen, den 7. März 1911.

Die Deputation für den Ratskeller.
(gez.) **Marcus.** (gez.) **J. Aug. Franke.**

4. Unterricht.

Zu dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 9. November 1910 (Verhdlg. S. 727), wodurch sie den Senat ersucht, bei der Beratung der Bürgerschaft über das Kapitel „Unterricht“ innerhalb der Budgetberatung sich durch den dem Schulwesen vorstehenden Senator vertreten zu lassen, bemerkt der Senat das Nachstehende:

Vor einigen Jahren war bereits vom Bürgeramt angeregt worden, daß zur Beratung des Budgets in der Bürgerschaft neben dem Vorsitz der Finanzdeputation als ständigen Senatskommissar auch die Spezialkommissare entsendet werden möchten. Der Senat konnte dies nicht für zweckmäßig erachten; es hat aber im Anschlusse daran zwischen ihm und dem Bürgeramt eine Verständigung stattgefunden. Darnach sollen, wenn bei der Beratung des Budgets in der Bürgerschaft bei den einzelnen Kapiteln Fragen gestellt oder Auskünfte erbeten werden, die der anwesende Senatskommissar nicht beantworten kann, die betreffenden Positionen eventuell zurückgestellt und der Senatskommissar ersucht werden, dem Senate zu empfehlen, den oder die Chefs der betreffenden Verwaltungen zu der nächsten Sitzung der Bürgerschaft zu entsenden.

Der Senat ist der Meinung, daß es hierbei belassen werden sollte, insbesondere hinsichtlich der Schulen, wo in der Regel die bürgerchaftlichen Mitglieder der Schuldeputation in der Lage sein werden, etwa gewünschte Auskunft zu erteilen. Er gibt der Bürgerschaft anheim, dem zuzustimmen.

5. Enteignung für Eisenbahnzwecke.

Die Königliche Eisenbahndirektion zu Hannover hat beim Senate beantragt, die Enteignung einiger in der Vorstadt Gröpelingen und in Oslebshausen belegener Grundstücke, die sich an die für den neuen preußischen Rangierbahnhof bereits enteigneten Grundflächen anschließen, zu genehmigen. Es handelt sich um eine Enteignung von rund 15 600 qm. Die zu enteignenden Flächen sind bestimmt zu Gleisanlagen auf dem preußischen Rangierbahnhof, die durch die Einführung der Verbindungsbahn vom Industrie- und Handelshafen nötig werden.

Die beifolgenden Pläne nebst den Verzeichnissen der beteiligten Grundeigentümer haben in der Frist vom 26. Januar bis zum 4. Februar d. J. am Katasteramt öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegen. Einwendungen gegen die Pläne sind nicht erhoben. Indem der Senat die beantragte Enteignung genehmigt, ersucht er die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

Anlage 3.

Verzeichnis der in der ehemaligen Feldmark Gröpelingen, jetzt Vorstadt am rechten Weserufer, noch zu enteignenden Grundstücke.

Vfd. Nr.	Namen der Eigentümer	Belegenheit der Grundstücke	Kulturart	Kataster Nr.	Flächen- inhalt		Zu enteignen Be- stand- teile	Flächen- inhalt	
					a	qm		a	qm
1	Oltm. Gabel	Die oberste Wetterwisch und Auf dem Hölvel	Weide	Bez. 18, 8 D	—	18,0	ganz	—	18,0
2	" "	Die oberste Wetterwisch	Wiese	" 18, 8 E	—	05,0	"	—	05,0
3	" "			" 18, 9 D	2	97,0	"	2	97,0
4	" "			" 18, 9 E	—	43,0	"	—	43,0
					Sa. 3	63,0		3	63,0

Aufgestellt Bremen, den 29. Dezember 1910.

Das Katasteramt:
(gez.) **Dr. Kopsel.**

Anlage 4.

Verzeichnis der noch zu enteignenden Grundstücke in der jetzigen und ehemaligen Feldmark Dölebs-
hausen (jetzt Vorstadt am rechten Weserufer Bez. 18, Teil).

Nr. Gd.	Namen der Eigentümer	Belegenheit der Grundstücke	Kulturart	Kataster Nr.	Flächen- inhalt		Zu enteignen	Bemerkungen
					a	qm		
				Vorstadt				
1	Hinr. Bosse	Auf der Woltereie	Weide	Bez. 18, 1 D	4	22,0	ganz	
2	" "	" " "	"	" " 1 E	1	60,5	"	
3	Herm. Humann u. Theodor Zuchter je 1/2 Ant.	" " "	Wiese	" " 2 D	1	41,0	"	
4	Hinr. Bosse	" " "	"	" " 2 E	0	05,0	"	
5	" "	In der Pferdeweide und im großen Dobben	"	" " 3 D	3	48,0	"	
6	" "	In der Pferdeweide und im kleinen Dobben	Weide	" " 4 D	1	75,0	"	
7	Der Brem. Staat	Auf der Woltereie	"	Dölebsch. 660 B	136	03	"	
8	Bernh. Focke	" " "	Weg	" 660 Y	6	87	"	
9	Der Brem. Staat	Die Röthnerweide	Weide	" 693 NN	95	68	"	
10	" " "	" " "	"	" 693 LL	76	38	"	
11	" " "	" " "	"	" 693 JJ	90	98	"	
12	Hinr. Runken	" " "	Wiese	" 693 GG	28	16	"	
13	Berend Rogge	" " "	"	" 693 EE	25	77	"	
14	" "	" " "	"	" 693 CC	25	66	"	
15	Herm. Warnken	" " "	Ackerland u. Weide	" 693 AA	63	37	"	
16	" "	" " "	Ackerland	" 693 U	64	81	"	
17	" "	" " "	Ackerland	" 693 S	70	54	"	
18	" "	" " "	Ackerland	" 693 V	0	18	"	
19	Hinr. Wischhusen	" " "	Weg	" 693 X	18	84	"	
20	" "	" " "	Wechselland	" 693 R	0	23	"	
21	Hinr. Wohlers & Konj.	Die Bauernweide	Weide	" 695 X	102	90	"	
22	Die Bauerschaft	" " "	Wiese	" 695 B	12	65	"	
23	Hinr. Bosse	Auf der Garen Geest, Bothof	Ackerland	" 225 B	4	00	Teil	
24	" "	Auf der Garen Geest, Bothof	"	" 225 X	2	43	ganz	

In diesen Flächen
sind die bereits
früher unter Ent-
eignung gestellten
Teile derselben
Grundstücke mit-
enthalten.

Aufgestellt Bremen, den 29. Dezember 1910.

Das Katasteramt.
(gez.) Dr. Kopsel.

6. Erlass von Straßenkosten an die Evangelische Diakonissenanstalt.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, hat über diesen Gegenstand den
anliegenden Bericht erstattet. Der Senat stimmt dem Antrage der Baudeputation
zu und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Bericht.

Anlage.

Der Vorstand der Evangelischen Diakonissenanstalt beabsichtigt für die in der Anstalt beschäftigten Schwestern, die zum Teil außerhalb in einem Miet Hause untergebracht sind, Wohnräume und gleichzeitig für die alternden und invaliden Schwestern ein dauerndes Heim zu schaffen; durch Sammlungen hat er das erforderliche Kapital aufgebracht, um auf seinem an der Hanstraße belegenen Areal ein Schwesternhaus zu errichten. Hierdurch erwächst ihm die Verpflichtung zur Erstattung der Straßenkosten, welche bei einer Front von 100 m sich auf etwa 16 800 M belaufen.

Die Höhe der Kosten (167,78 M pro Meter Anschußlänge) wird dadurch bedingt, daß die Hanstraße auf ihrer einen Seite in ganzer Länge mit Futtermauern eingefast und mit Rücksicht auf die Nähe der Häfen mit bestem Material ausgebildet werden mußte. Für eine zur Durchführung der Hanstraße von der Nordstraße bis zum Gröpelingerdeich erforderliche Grundfläche von 284 qm ist im Jahre 1901 eine Gesamtentschädigung von 6784,02 M an die Evangelische Diakonissenanstalt geleistet worden.

Der Vorstand ist mit der Bitte um Erlaß der seine Mittel weit überschreitenden Kosten an den Senat herantreten, indem er auf die ausgedehnte gemeinnützige Wirksamkeit der Anstalt hinweist und sich auf ähnliche Vorgänge beruft, wo der Staat wohlthätigen oder gemeinnützigen Anstalten entgegengekommen ist.

So wurden im Jahre 1907 dem St. Joseph Stift gegen die unentgeltliche Abtretung eines 330 qm großen Grundstreifens, welcher für den Ausbau der Duckwitzstraße benötigt wurde, von dem sich auf 14 100 M belaufenden Straßenkostenbeitrag für die Duckwitzstraße und Georg-Gröningstraße 10 000 M erlassen (Verhdlg. 1907 S. 1131).

Die Gesichtspunkte, die den damaligen Beschluß veranlaßten, finden in gleicher Weise auch auf die Evangelische Diakonissenanstalt Anwendung, so daß es sich rechtfertigen läßt, sich mit zinsfreier Rückzahlung der oben erwähnten Entschädigung von 6784,02 M zu begnügen und den weiteren Betrag von 10 000 M zu erlassen.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, beehrt sich hiermit, einen dahingehenden Antrag zu stellen.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

(gez.) **Rasow.** (gez.) **M. Voettcher.**

7. Hanfischer Geschichtsverein.

Dem Hanfischen Geschichtsverein sind seit einer längeren Reihe von Jahren Jahresbeiträge gewährt worden. Zuletzt ist im Jahre 1906 ein jährlicher Beitrag von 1800 M für fünf Jahre, also bis zum Ablaufe des Jahres 1910, von Senat und Bürgerschaft bewilligt worden (vgl. Spezialbudget Nr. 123 zum Budget von 1910, kleine und unvorhergesehene Ausgaben). Der Senat hat beschlossen, dem Verein auf sein Gesuch den Beitrag für weitere fünf Jahre in gleicher Höhe zu gewähren, und ersucht die Bürgerschaft, ihm hierin beizutreten und den Betrag von 1800 M in das Spezialbudget Nr. 122 zum Budget von 1911 nachträglich einzustellen.

